



Ergebnisprotokoll über die
Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 11.12.2017
Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Siegel

85 Kreisrätinnen und Kreisräte:

Entschuldigt:

Ferner:

Der Schriftführer:

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 17:15 Uhr



Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet Erster Landesbeamter Friedrich Herrn Lars Piechot als stimmberechtigtes, stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss. (Variabler Text)

§ 1

Feststellung des Jahresabschlusses des Rems-Murr-Kreises 2016 einschließlich Schlussbericht 2017/108



§ 2

Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2018
2017/105

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

Der überplanmäßigen Auszahlung zu Gunsten des Alarmierungssystems am Berufsschulzentrum Backnang in Höhe von 110.000 Euro wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus den schulisch-baulichen Maßnahmen, welche für einen ähnlichen Zweck eingeplant waren. Diese Mittel stehen der RMIM nicht mehr zur Nutzung zur Verfügung.

§ 2.1

Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2018 (Änderung nach den Beratungen im Umwelt- und Verkehrsausschuss)
2017/105/1

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für Investitionskredite der Rems-Murr-Kliniken gGmbH am Standort Schorndorf in Höhe von 5.696.000 Euro und am Standort Winnenden mit 10.459.000 Euro im Jahre 2018 wird zugestimmt.



1. Den unter 2, 3, 4 und 9 aufgeführten Änderungen wird zugestimmt.
2. Der Kreistag beschließt über die Kreisumlagehöhe.

§ 2.2

Antrag der SPD-Fraktion - Bericht der Verwaltung an den Kreistag, welche Maßnahmen sie ergreifen möchte, um die Personalfindung und Personalgewinnung zu verbessern. Der Kreistag stellt daraufhin im Haushalt entsprechende Mittel bereit.

-

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zum nachstehenden Antrag der SPD-Fraktion zur Kenntnis (Anlage 5 zur Drucksache 2017/105):

Bericht der Verwaltung an den Kreistag, welche Maßnahmen sie ergreifen möchte, um die Personalfindung und Personalgewinnung zu verbessern. Der Kreistag stellt daraufhin im Haushalt entsprechende Mittel bereit.

§ 2.3

Antrag der Zählergemeinschaft DIE LINKE/ÖDP - Der Kreistag möge beschließen, dass sich seine Vertreter im Verwaltungsrat der Sparkasse Rems-Murr für eine jährliche Gewinnabführung von 1 Mio. Euro ab dem Jahr 2019 ff. einsetzen. Die Gewinnausschüttung

-

Der Ausschuss lehnt den nachstehenden Antrag der Zählergemeinschaft DIE LINKE/ÖDP (Anlage 6 zur Drucksache 2017/105) bei 1 Ja- und 22 Nein-Stimmen ab:

Der Kreistag möge beschließen, dass sich seine Vertreter im Verwaltungsrat der Sparkasse Rems-Murr für eine jährliche Gewinnabführung von 1 Mio. Euro ab dem Jahr 2019 ff. einsetzen. Die Gewinnausschüttung soll zur Minderung des anfallenden Defizits der Rems-Murr-Kliniken verwendet werden.



§ 2.4

Antrag der Freien Wähler Fraktion - Senkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt gegenüber dem Verwaltungsantrag von 35,6 Prozent auf 34,6 Prozent.

-

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt einvernehmlich, die Beschlussfassung über den nachstehenden Antrag der Freien Wähler Fraktion (Anlage 7 zur Drucksache 2017/105), in der Sitzung des Kreistags am 18.12.2017 vorzunehmen:

Senkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt gegenüber dem Verwaltungsantrag von 35,6 Prozent auf 34,6 Prozent.

§ 2.5

Antrag der FDP-FW-Fraktion - Festlegung des Kreisumlage-Hebesatzes auf 35,0 Prozentpunkte, wenn bis zur HH-Verabschiedung im Dezember u.a. aufgrund der November-Steuerschätzung noch nennenswerte Verbesserungen für den Haushalt 2018 zu erwarten sind.

-

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt einvernehmlich, die Beschlussfassung über den nachstehenden Antrag der FDP-FW-Fraktion (Anlage 8 zur Drucksache 2017/105), in der Sitzung des Kreistags am 18.12.2017 vorzunehmen:

Festlegung des Kreisumlage-Hebesatzes auf 35,0 Prozentpunkte, wenn bis zur HH-Verabschiedung im Dezember u.a. aufgrund der November-Steuerschätzung noch nennenswerte Verbesserungen für den Haushalt 2018 zu erwarten sind.

§ 2.6

Antrag der Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige - Globale Minderaufwendungen in Höhe von 1.000.000 Euro bei Personalaufwendungen (zusätzlich).

-



Der Ausschuss lehnt den nachstehenden Antrag der Zählergemeinschaft AfD/Unabhängige auf-grund der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 9 zur Drucksache 2017/105) bei 1 Ja- und 22 Nein-Stimmen ab:

Globale Minderaufwendungen in Höhe von 1.000.000 Euro bei Personalaufwendungen (zusätzlich).

§ 2.7

Antrag der SPD-Fraktion - Erhöhter Mitteleinsatz zur Beseitigung des Sanierungsrückstaus.

-

Aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung nimmt die SPD-Fraktion den nachstehenden Antrag der Verwaltung zurück (Anlage 10 zur Drucksache 2017/105):

Erhöhter Mitteleinsatz zur Beseitigung des Sanierungsrückstaus.

§ 2.8

Antrag der Zählergemeinschaft AfD/Unabhängige - Nichtgewährung des atypischen Gesellschafterdarlehens Kreisbau

-

Der Ausschuss lehnt den nachstehenden Antrag der Zählergemeinschaft AfD/Unabhängige (Anlage 11 zur Drucksache 2017/105) bei 1 Ja- und 20 Nein-Stimmen ab:

Nichtgewährung des atypischen Gesellschafterdarlehens Kreisbau.

§ 2.9

Antrag der FDP-FW-Fraktion - Aufstellung der in den letzten zwei Jahren beabsichtigten Baumaßnahmen zum Abbau des Sanierungsrückstaus und der zur Verfügung gestellten HH-Mittel sowie eine Gegenüberstellung der von der RMIM tatsächlich umgesetzten Maßnahmen.



-

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zum nachstehenden Antrag der FDP-FW-Fraktion zur Kenntnis (Anlage 12 zur Drucksache 2017/105):

Aufstellung der in den letzten zwei Jahren beabsichtigten Baumaßnahmen zum Abbau des Sanierungsrückstaus und der zur Verfügung gestellten HH-Mittel sowie eine Gegenüberstellung der von der RMIM tatsächlich umgesetzten Maßnahmen.

§ 2.10

Antrag der CDU-Fraktion - Übersicht über den Abbau beim Sanierungsrückstau.

-

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zum nachstehenden Antrag der CDU-Fraktion zur Kenntnis (Anlage 13 zur Drucksache 2017/105):

Übersicht über den Abbau beim Sanierungsrückstau.

§ 2.11

Antrag der Zählgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP - Integration baubiologischer Grundsätze in den Bereichen Bauen, Renovieren, Energieeinsparung (Wärmedämmung, Beleuchtung), gesunde Arbeits- Schul- und Wohnräume, Digitalisierung und Reduzierung von elektromagnetischer Strahlenbelastung mit dem Ziel einer bestmöglichen Berücksichtigung baubiologischer und bauökologischer Gesichtspunkte. Die Umsetzung erfolgt durch die Hinzuziehung einer kompetenten baubiologischen Gutachterin / eines kompetenten baubiologischen Gutachters bereits in der Planungsphase.

-

Der Ausschuss lehnt den nachstehenden Antrag der Zählgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 14 zur Drucksache 2017/105) bei 1 Ja, 22 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen ab:

Integration baubiologischer Grundsätze in den Bereichen Bauen, Renovieren, Energieeinsparung (Wärmedämmung, Beleuchtung), gesunde Arbeits- Schul- und Wohnräume, Digitalisierung und



Reduzierung von elektromagnetischer Strahlenbelastung mit dem Ziel einer bestmöglichen Berücksichtigung baubiologischer und bauökologischer Gesichtspunkte.

Die Umsetzung erfolgt durch die Hinzuziehung einer kompetenten baubiologischen Gutachterin / eines kompetenten baubiologischen Gutachters bereits in der Planungsphase.

§ 2.12

Antrag der FDP-FW-Fraktion - Fortsetzung des eingeschlagenen Sanierungs- und Konsolidierungsprozesses bei den Kliniken, aber auch Festhalten an dem Ziel, mittelfristig wieder eine eigene kommunale Geschäftsführung bei den Kliniken zu bekommen.

-

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zum nachstehenden Antrag der FDP-FW-Fraktion zur Kenntnis (Anlage 15 zur Drucksache 2017/105):

Fortsetzung des eingeschlagenen Sanierungs- und Konsolidierungsprozesses bei den Kliniken, aber auch Festhalten an dem Ziel, mittelfristig wieder eine eigene kommunale Geschäftsführung bei den Kliniken zu bekommen.

§ 2.13

Antrag der CDU-Fraktion - Pakt für die medizinische Versorgung im Rems-Murr-Kreis

-

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zum nachstehenden Antrag der CDU-Fraktion zur Kenntnis (Anlage 16 zur Drucksache 2017/105):

Pakt für die medizinische Versorgung im Rems-Murr-Kreis

§ 2.14

Antrag von FDP-FW-Fraktion - Erhalt der bewährten Bildungsgänge, aber auch Einrichtung neuer Schularten, damit der Landkreis in Sachen Berufliche Bildung die Nr. 1 im Kreis bleibt. Dabei sind



Parallelstrukturen zu vermeiden und muss darauf gepocht werden, dass spezielle Bildungsgänge auch im Rems-Murr-Kreis und nicht nur in der Landeshauptstadt eingerichtet werden.

-

Der Ausschuss beschließt den nachstehenden Antrag von FDP-FW-Fraktion (Anlage 17 zur Drucksache 2017/105) mit 21 Ja- und 2 Enthaltungen:

Erhalt der bewährten Bildungsgänge, aber auch Einrichtung neuer Schularten, damit der Landkreis in Sachen Berufliche Bildung die Nr. 1 im Kreis bleibt. Dabei sind Parallelstrukturen zu vermeiden und muss darauf gepocht werden, dass spezielle Bildungsgänge auch im Rems-Murr-Kreis und nicht nur in der Landeshauptstadt eingerichtet werden.

§ 2.15

Antrag der CDU-Fraktion - Berufsschulen, Sachinvestitionen der Zukunft im Hinblick auf Maschinen und digitale Ausstattung – Bericht, ob und welche Investitionen in den nächsten Jahren auf den Rems-Murr-Kreis als Schulträger zukommen.

-

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zum nachstehenden Antrag der CDU-Fraktion zur Kenntnis (Anlage 18 zur Drucksache 2017/105):

Berufsschulen, Sachinvestitionen der Zukunft im Hinblick auf Maschinen und digitale Ausstattung – Bericht, ob und welche Investitionen in den nächsten Jahren auf den Rems-Murr-Kreis als Schulträger zukommen.

§ 3

Schulentwicklung Berufliche Schulen - Anpassung der Standorte von Ausbildungsberufen 2017/204





§ 4

Beschaffung eines modularen Bandumlaufs für die Gewerbliche Schule Backnang
2017/203



§ 5

Anpassung von Stellplatzmieten für die Mitarbeiter/innen im Verwaltungs- und Schulbereich
2017/172



§ 6

Ausscheiden von Kreisrat Martin Kaufmann und Nachrücken von Frau Gisliind Gruber-Seibold sowie
Änderung in der Besetzung der Gremien
2017/217



§ 7

Nachbesetzung Aufsichtsratsmandat bei der Rems-Murr-Kliniken gGmbH
2017/130



§ 8

Spendenbericht
2017/216



Verschiedenes

-



Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der/Die Schriftführer/in:

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert